

Konjunktur und Stabilitätspolitik

VWA Köln

Wintersemester 2004/2005

Inhalt

1. Konjunkturpolitik	2
1.1. Konjunkturdefinition	2
1.2. Anstoßende Kräfte einer Konjunktur	3
1.2.1. Selbstheilende Kräfte der Wirtschaft	4
1.2.2. Staatliche Wirtschaftspolitik.....	4
1.2.3. Konjunkturunterstützende Geldpolitik der Zentralbanken.....	5
1.3. Konjunkturindikatoren.....	5
1.3.1. Frühindikatoren	5
1.3.2. Meinungsindizes	6
1.3.3. Bündelindikatoren	6
2. Wirtschaftswachstum.....	6
2.1. Konventioneller Wachstumsbegriff	7
2.2. Wachstumskennzahlen	7
2.2.1. Pro – Kopf – Einkommen	7
2.2.2. Arbeitsproduktivität.....	8
2.2.3. Kapitalproduktivität.....	8
2.2.4. Potentialwachstum	8
2.3. Ansatzpunkte der Wachstumspolitik.....	9
2.4. Mehr Arbeit durch Mehrarbeit?.....	9
3. Instrumentarium der Stabilitätspolitik.....	10
3.1. Ziele, Träger, Instrumente der Stabilitätspolitik	10
3.1.1. Ziele der Stabilitätspolitik	10
3.1.2. Träger der Stabilitätspolitik.....	11
3.2. Arten von Arbeitslosigkeit.....	13
3.2.1. Natürliche Arbeitslosigkeit.....	14
3.2.2. Weitere Arten von Arbeitslosigkeit	16
3.3. Kontrollmöglichkeiten der EZB über die Inflation.....	16
3.4. Aufgaben und Tätigkeiten der EZB	16
3.4.1. Aufbau der EZB.....	17
3.4.2. Zielsetzung der EZB.....	17
3.4.3. Geldpolitischer Kern der EZB.....	18
3.5. Geldpolitische Instrumente.....	19
3.5.1. Offenmarktgeschäfte.....	19
3.5.2. Ständige Fazilitäten.....	20
3.5.3. Mindestreserveregel.....	21

Literatur:

Gerhard Mussel / Jürgen Petzold
Grundfragen der Wirtschaftspolitik

Walter Koch / Christian Czogalla
Grundlagen und Probleme der Wirtschaftspolitik

Ulrich Teichmann
Grundriss der Konjunkturpolitik

Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute
Jahresgutachten des Sachverständigenrates (Sachverständigen Gutachten über
Wirtschaftssituation 2005)

1. Konjunkturpolitik

1.1. Konjunkturdefinition

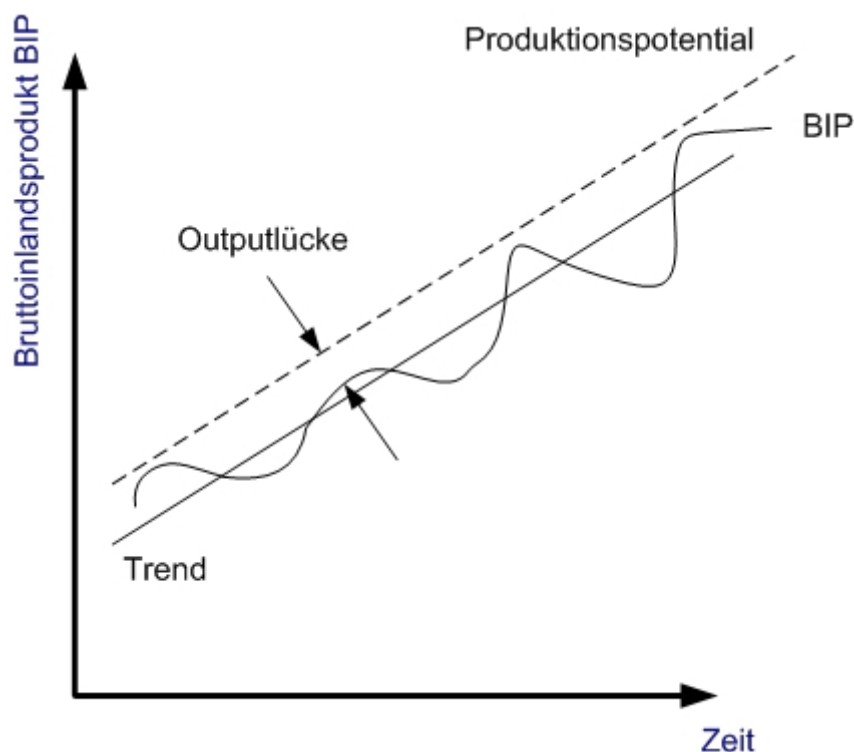


Abb. 1 Konjunktur

Konjunkturdefinition:

- Konjunkturzyklus: regelmäßige Abfolge von Phasen von Auf- und Abschwüngen (gesamtwirtschaftliche Entwicklung)
- Phasenlängen sind ungleichmäßig in ihrer zeitlicher Länge und Intensität (Bsp. die Technologieblase Ende der 90er Jahre)

- Aufschwungsphasen sind in der Regel länger (4 – 7 Jahre) als Abschwungsphasen (2 –3 Jahre)
- Konjunkturzyklus besteht aus 4 Phasen: Aufschwung, Hochkonjunktur (Boom), Abschwung, Rezession
- Konjunkturtheorie: Zyklus besteht aus 2 Prozessen und 2 Punkten
 - o Expansionsprozess (Aufschwung)
 - o Oberer Wendepunkt (Umkehrpunkt, Hochkonjunktur), in der Realität ist eine Phase von 1 – 2 Jahren
 - o Abschwung
 - o Unterer Wendepunkt; Wenn Rezession länger dauert: Depression, Wachstumsrate ist negativ (BIP schrumpft)

Begriffe:

- Expansion, Kontraktion
- Stagflation: Kostendruck durch steigende Rohstoffpreise beeinflusst die Weltwirtschaft; Wenn dieser Kostendruck auf die Preise abgewälzt wird, und dann entsprechende Lohnforderungen verhandelt werden: Stagflation: längerfristige Stagnation (Beispiel Ölpreisentwicklung: Weltkonjunktur boomt, neue Marktteilnehmer wie China oder Indien auf der einen Seite und Produktionsrisiken in Nigeria und Venezuela treiben die Preise am Markt in die Höhe (Einschränkung des Angebots))
- Wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich nicht stetig, sondern bewegt sich auf einer Welle
- Wachstumsintensität weist deutliche Schwankungen auf (gemessen am realen BIP)
 - o Phasen ungewöhnlich starken Wachstums
 - o Phasen abgeschwächten Wachstums
- Zusammen mit den Schwankungen der Produktion bewegt sich die Auslastungsgrade der Anlagekapazität, 78 (Rezession) bis 85% (Konjunktur): durchschnittliche Auslastung der Industrie (des verarbeitenden Gewerbes)
- Spiegelbild der Konjunkturentwicklung: Wachstumsintensität der Produktion und die Auslastungsgrade der vorhandenen Anlagekapazität
- Beschäftigungsgrad läuft der Konjunkturentwicklung hinterher (Durchschnittsaussagen!)
- Räumliche Differenzierung (notwendig, um eine Aussage zur Konjunkturentwicklung treffen können)

1.2. Anstoßende Kräfte einer Konjunktur

Welche Kräfte treten einen Aufschwung los?

- Selbstheilende Kräfte der Wirtschaft
 - o Exporte als Impulse für die deutsche Wirtschaft
 - o Investitionstätigkeit (wegen Investitionsstau aus den vergangenen Jahren)
 - o Konsum (für 2005: Zurückhaltung)
- Unterstützung durch staatlicher Wirtschaftspolitik

- Geldpolitik (begrenzte Möglichkeiten)
- Fiskalpolitik (Bund und Länder, antizyklische konjunkturgerechte Steuerung der Ausgaben)
- Unterstützung durch Geldpolitik der Zentralbanken

1.2.1. Selbstheilende Kräfte der Wirtschaft

Binnenwirtschaft:

- technischer Fortschritt wird im Zuge einer Rezession zunächst nicht realisiert, Investitionen werden verschoben, höchstens Ersatzinvestitionen
- Investitionsarten:
 - Ersatzinvestitionen
 - Netto – Investitionen / Neuinvestitionen
 - Erweiterungsinvestitionen
 - Rationalisierungsinvestitionen
- Ersatzinvestitionen werden normalerweise über den Preis als Kostenbestandteil finanziert
- Erweiterungsinvestitionen: zusätzliches EK, Kredite

- Ablauf:
 - In Rezession: fällige Ersatzinvestitionen werden verschoben, also wird der Modernitätsgrad der Investitionsgüter sinkt, das funktioniert nur eine gewisse Zeit
 - Irgendwann müssen dann Investitionen für Innovationen oder notwendige Anpassung der Investitionsgüter (auch aus Konkurrenzgründen) getätigt werden, die mittlerweile geleerten Lager müssen wieder aufgefüllt werden

Außenwirtschaft:

- erhöhte Anfragen aus dem Ausland

Konsum

1.2.2. Staatliche Wirtschaftspolitik

- Ziele entsprechen dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (1967): entspricht den Zielen der EZB (§105 des Maastrichter Vertrages)
 - Geldwertstabilität
 - Hoher Beschäftigungsstand
 - Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - stetiges und angemessenes Wachstum
- Keynes: Staat fördert die Konjunktur durch Erhöhung öffentlicher Investitionen (Fiskalpolitik / Haushaltspolitik), Haushaltspolitik soll antizyklisch sein:
 - bei Rezession: mehr Investitionen durch erhöhte Kreditaufnahme

- Bei Konjunktur: Teil der erzielten Steuereinnahmen sollen nicht zeitgleich verausgabt werden, sondern Konjunkturausgleichsrücklage bilden, oder Tilgung von Rezessionsschulden
- In Deutschland: ein einziges Mal Konjunkturausgleichsrücklage gebildet: 1969, nach der Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes
- Wachstumsrate 2004: 1,8% (bezogen auf BIP), 2005 1,5% (Wachstumsrate 2004 beeinflusst durch die Wochenendfeiertage)
- 2005: Inflation deutlich unter 2 % (Geldwertstabilität, da unter 2 %)
- Risikofaktoren: z. B. Ölpreis

1.2.3. Konjunkturunterstützende Geldpolitik der Zentralbanken

- Möglichkeiten der Zentralbanken können nur Anreize geben, jedoch haben sie keinen Einfluss auf die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln
- Anregung von mehr Investitionen durch Ausgabe von günstigen Krediten, Anregung von Investitions- und Verschuldungsneigung der Konsumenten

Wie verhalten sich die Zentralbanken bei steigenden Rohstoffpreisen und eventuell überzogenen Lohnabschlüssen bei ihrer Geldpolitik?

1.3. Konjunkturindikatoren

Messzahlen, Meinungsziffern, die etwas zur Konjunkturentwicklung aussagen

- Frühindikatoren oder vorlaufende Indikatoren: erfassen die prognostizierte wirtschaftliche Entwicklung
- Präsenzindikatoren: erfassen und spiegeln die gegenwärtige Lage wieder (Entwicklung des BIP, Kapazitätsauslastung)
- Spätindikatoren, nachlaufende Indikatoren, bewerten die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen (Börse, Arbeitsmarkt)

Ein Hauptindikator: Auslastungsgrad der Anlagenkapazität

Frühindikatoren finden besonderes Interesse (entscheidungsrelevant für Investitionen)

1.3.1. Frühindikatoren

Statistische Einzelwerte:

- Auftragseingänge
- Auftragsbestände
- Beantragte bzw. erteilte Baugenehmigungen (betrifft Bauwirtschaft)
- Preisindizes: Rohstoffpreise, Preise für gehandelte Waren etc.

- Stellenanzeigen
- Meinungsindizes
- Bündelindikatoren

Käufermärkte:

- Preistendenzen zeigen nach unten; in Rezession überwiegen die Käufermärkte, Preissenkung überwiegt (Warenüberangebot)

Verkäufermärkte:

- bei Konjunktur, Warenknappheit, Preistendenz steigend

1.3.2. Meinungsindizes

Beispiele:

- IFO München (IFO Geschäftsklimaindex)
- DIHKT (hier kommen regionale Unterschiede deutlich zum Ausdruck)
- ZEW (Zentrales Institut für europäische Wirtschaft)

1.3.3. Bündelindikatoren

Fassen unterschiedliche wirtschaftliche Größen/Belange zusammen: Handelsblatt (Quartalsprognose), FAZ (Quartalsprognose); Vorlauf von 3 Monaten

2. Wirtschaftswachstum

Ziel der staatlichen Stabilitätspolitik: stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum; totale Stetigkeit nicht erreichbar, aber extreme Schwankungen nach oben und unten sollte vermieden werden

Wachstum:

- üblicherweise verwendeter, konventioneller Wachstumsbegriff: Absolutzahlen des Wachstums des BIP pro Jahr in %
- wachstumsbedeutsame Relationen (Pro-Kopf – Einkommen)
- Potentialwachstum: Wachstumsrate des Produktionspotentials
- Offizielles Ziel der Wirtschaftspolitik: §1 Stabilitätsgesetzes: stetiges und angemessenes Wachstum
 - o Stetigkeit: wirtschaftliche Entwicklung verläuft unstetig: mehr Stetigkeit bei der Konjunktur, Zielvorgaben für Konjunkturpolitik
 - o Angemessenheit: dann, wenn die Wachstumsintensität ausreicht, die übrigen Ziele weitgehend zu erreichen (Pro-Kopf-Einkommen, Beschäftigung)
- Ziel der Geldpolitik: Wachstum ohne Inflation (Vermeidung von Zielkonflikten)

Beispiel: England, nach 2 WK hat man full employment nach Keynes mit Inflationsraten bis 10% p. A. betrieben, das hat zur passiven Handelsbilanz geführt (billiger im Ausland einkaufen, mit eigenen steigenden Preisen nicht mehr konkurrenzfähig sein), bis ca. Ende 50er Jahre

2.1. Konventioneller Wachstumsbegriff

- Nach oben gerichtete Entwicklung des realen BIP in % (realer Anstieg der Gütermenge gegenüber dem Vorjahr in %, prozentuales Realwachstum gegenüber dem Vorjahr)
- Begriffe: Wachstum, Null – Wachstum, negatives Wachstum
- Nominelles BIP = Produktionsmenge 2004 * aktuelle Preise 2004 = BIP (mit Einbezug der Preissteigerung)
- Reelles BIP = Produktionsmenge 2004 * Preise des Basisjahres (nominales BIP bereinigt um die Inflationsrate)
- Basisjahr für die Berechnung des BIP: z. Z. 1995
- Basisjahr sollte alle 5 – 10 Jahre aktualisiert werden, da die produzierte Gütermenge sich in Zusammensetzung und Qualität verändert
- Warum Wachstum: Pro-Kopf EK soll steigen, damit Wohlstand, Beschäftigung fördern, Wachstum erleichtert erforderliche Strukturanpassungen (allerdings erst ab 3%)

2.2. Wachstumskennzahlen

Wachstumskennzahlen sind statistische Verhältniszahlen

2.2.1. Pro – Kopf – Einkommen

- Berechnung: reelles BIP / Gesamtbevölkerung
- Messung der Wohlstandsentwicklung: Pro-Kopf – Einkommen, vom BIP abgeleitete Größe des Volkseinkommens
- Voraussetzung für einen steigenden Wohlstand: Wachstum, BIP muss stärker steigen als das Bevölkerungswachstum
- Bruttoinlandsprodukt: Bruttoinlandsprinzip: BIP + deutscher Einkommen im Ausland – Einkommen der Ausländer im Innland
- Bruttosozialprodukt: Innländerprinzip: BSP – Abschreibungen = Netto Sozialprodukt zu Marktpreisen – Staatsabgaben (indirekte Steuern wie Mineralölsteuern, MWSt., Tabaksteuer) – direkte Steuern (EK-Steuer, Abgaben an die SV-Träger) = verfügbares Volkseinkommen
- BIP: ein Teil dessen darf nicht in die Einkommen gehen, um auf diese Art die bestehende Substanz durch Ersatzinvestitionen zu erhalten

2.2.2. Arbeitsproduktivität

- Berechnung: reales BIP / Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden
- Betrachtung über mehrere Perioden: AP entwickelt sich nach oben (technischer Fortschritt, etc.), steigt etwa um 2% (langfristiger Durchschnitt)
- Lohnkostenneutrale Größe; wenn Produktivität mit Lohnkosten gleich steigen, bleiben Lohnstückkosten unverändert

2.2.3. Kapitalproduktivität

Berechnung: reales BIP / Summe aller Kapitalinvestitionen
(investiertes Kapital, Kapitalbestand)

2.2.4. Potentialwachstum

Wachstum des Produktpotentials:

- prozentualer Ausdruck der Entwicklung der Wertgröße des potentiellen BIP, also das BIP, welches sich ergeben würde, wenn die vorhandenen Produktionsfaktoren zum jeweils besten Stand der Technik langfristig weitgehend ausgelastet sind, was unter normalen Arbeits- und Leistungsbedingungen erreichbar ist (Unterstellung eines hohen Auslastungsgrades)
- Produktionspotential: $PP = f(\text{Arbeit, Boden, Kapital, Technik})$ bei einem hohen Beschäftigungsgrad
- Abstand zwischen Produktionspotential und dem tatsächlichen BIP: Outputlücke zwischen dem erreichbaren und dem realisierten BIP, also die Reserve, die bei ansteigender Konjunktur ausgeschöpft werden könnte; Outputlücke: sollte klein gehalten werden (Ausschläge nach unten klein halten)
- Berechnung durch Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat, Bundesbank
 - o Ansatz Deutsche Bundesbank: langfristig durchschnittlicher Auslastungsgrad der Produktionsfaktoren
 - o Ansatz Statistisches Bundesamt: Vollauslastung der Produktionsfaktoren
- Sachverständigenrat: durch Bundesgesetz 1967 eingerichtet worden; kurzfristige und längerfristige Analyse der wirtschaftlichen Situation, Empfehlungen für die Realisierung eines Potentialwachstums
- Entwicklung des PP wird prognostiziert: Arbeitskräfteangebot, Kapitalstock, Wirkung des technischen Fortschritts: prognostiziert den Spielraum der wirtschaftlichen Entwicklung; Betrachtungen zur Entwicklung der Wachstumsraten über die nächst folgenden Konjunkturzyklen hinweg

- Produktpotentialwachstum 2004: 2-2,5%, immer noch höher als BIP

2.3. Ansatzpunkte der Wachstumspolitik

Kernfrage: Was kann Wirtschaftspolitik

- kurzfristig (Konjunkturpolitik)
- langfristig (Wachstumspolitik)

tun, um eine verbesserte Perspektive zu eröffnen?]

Was ist erforderlich für ein längerfristiges Wachstum: Innovationen und Investitionen:
Triebkräfte des Wachstums

Investitionen:

- Sachinvestitionen
- Humaninvestitionen

Staat trägt hohe Beteiligung bei der Bildung und Erhaltung von Humankapital, bei der Unterstützung der Grundlagenforschung; Anwendungsbezogene Forschung liegt eher bei Unternehmen

Investitionsförderung:

- Vertrauen in ein stabiles Geld (und damit langfristige Investitionsengagements)
- Wiedergewinnung stabiler Haushalte

- Niedrigere Steuern, besonders für die Wirtschaft
- Ansprüche aus vertraglichen Verpflichtungen senken (nicht ohne weiters möglich, z. B. Bundeswehr)

2.4. Mehr Arbeit durch Mehrarbeit?

- Hauptfrage: Mehr Arbeit: mehr Produktion, mehr Einkommen, mehr Steuereinnahmen? (Rückgang der Steuereinnahmen: höhere Neuverschuldung: Verstoß gegen das Stabilitätsgesetz)
- Art. 115 GG: Einnahmen aus Kredit dürfen die geplanten Ausgaben für Investitionen nicht übersteigen, es sei denn die Kreditaufnahme wird für die Entstörung eines vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtes verwendet; Regierung muss das jedoch begründen.
- Mögliche Kurzfristige und kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Anhebung des BIP
 - o bessere Beschäftigung der vorhandenen Kapazitäten (Konjunkturpolitik)
 - o längerfristige Wachstumspolitik soll eine stärkere Steigerung des Produktionspotentials erreichen

Ist Ausweitung der Arbeitszeit ohne Einkommensausgleich ein geeignetes Mittel für mehr Wachstum? Was bedeutet das?

- de facto – Lohnkürzung, führt zu Kosten – und Lohnstückkostensenkung, das wiederum zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit
- *Erhalt vorhandener Arbeitsplätze?* Über fallende Stückkosten steigen die Gewinne, dabei steigt die Investitionsnachfrage, also auch die Nachfrage nach Arbeitskräften (ein mögliches Szenario); Durch Kostensenkung wird auch Wettbewerbsfähigkeit erreicht (Auslagerung von Arbeitsplätzen): durch längere Arbeitszeiten können wir das Kostenniveau der OML nicht erreichen, unsere Stärken liegen in Qualität und Innovationsstärke
- *Schaffung neuer Arbeitsplätze?* Exporterfolge können ausgebaut und abgesichert werden, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird (Hauptmotor der deutschen Konjunktur); Substitution von Arbeit mit Kapital könnte verlangsamt werden, um die Anpassung der Ressourcen zu verbessern

Im Zusammenwirken können diese einzelnen Maßnahmen die Nachfrage nach Investitionen erhöhen, was zu steigenden Einkommen führen könnte. Banken- und Kreditsystem ist allenfalls in der Lage, höhere Investitionsnachfragen zu finanzieren, Geldmenge ist wegen der andauernd niedrigen Zinsen hoch

3. Instrumentarium der Stabilitätspolitik

3.1. Ziele, Träger, Instrumente der Stabilitätspolitik

3.1.1. Ziele der Stabilitätspolitik

Ziele:

- §1 Stabilitätsgesetz:
 - o Geldwertstabilität (Inflation $\leq 2\%$)
 - o Hoher Beschäftigungsgrad (Arbeitslosenquote $\leq 4\%$)
 - o Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 - o Stetiges und angemessenes Wachstum
- Weitere Ziele: Umweltschutz und sozialer Ausgleich
- Ziele im Stabilitätsgesetz sind Richtungsziele und müssen konkretisiert werden
- Die Ziele sind gleichzeitig anzustreben, keine Rangordnung, keine Priorisierung. In Praxi werden jedoch die verschiedenen Ziele (außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Geldwertstabilität und stetiges angemessenes Wachstum) unterschiedlich behandelt
- Einkommensgestaltung als Ziel der Stabilitätspolitik ist zwar im Gesamtgebäude der Sicherung der Konjunkturentwicklung zu sehen, wurde

jedoch in die Hände der Tarifparteien gelegt (Konzentrierte Aktion: Staat und Gewerkschaft an einen Tisch, in den 70er Jahren von den Unternehmen gekündigt im Zuge eines Streites vor BVG wegen Einschränkung des Eigentums)

- Aufgabe der Konjunkturpolitik ist, die Steigung des Produktionspotentials zu vergrößern bei Stetigkeit eines angemessenen Wachstums
- Angemessenes Wachstum: es fördert das Erreichen der anderen beiden Ziele (Beschäftigung, Wohlstandsmehrung), es behindert sie nicht; Inflationsfreies Wachstum in einer Stärke, welche die Arbeitslosigkeit auf eine natürliche Arbeitslosenquote senkt und diese dort auch hält
- Inflationsfreiheit: nicht Inflation = 0%:
 - o EZB möchte einen Akkomodierungsspielraum (Schmiermittel für die Entwicklung) behalten; Anpassungsspielraum für Kostensteigerungen und Lohnanpassungen, bei denen nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden müssen; Vermeidung von Deflation
 - o statistische Messverfahren für die Entwicklung des Preisniveaus sind nicht exakt (z. B. der harmonisierte Verbraucherpreisindex, Großhandelspreisindex, Exportpreisindex, Investitionsgüterpreisindex etc.); Hauptindex: harmonisierter Verbraucherpreisindex, darauf beziehen sich die 2 % Inflation (harmonisiert: für den gesamten Euro – Raum
 - o inflationsfreie Geldwertstabilität wird mit einer pragmatischen Formulierung verstanden (mittelfristig 2%)

Frage: Widerspruch zwischen Ziele und Beschäftigung? Oder auch
Gibt es Widerspruch zwischen relativen Geldwertstabilität und hohem
Beschäftigungsgrad, oder schließt das eine das andere aus? (Stichwort Philippskurve)

- Magisches Viereck: Stabiles Preisniveau (Geldwertstabilität) und außenwirtschaftliches Gleichgewicht vs. Hoher Beschäftigungsgrad und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

3.1.2. Träger der Stabilitätspolitik

Träger:

- Staat
- EZB
- Mitträger (Tarifparteien)

Aufgaben des Staates:

- Hauptaufgaben: Verbesserung der Rahmenbedingungen, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte: Veränderung geltenden Arbeitsrechts, Abschaffung von eingeschlichenen Privilegien
- Fiskalpolitik: nachrangige Aufgabe, wenn die Haushaltslage die Möglichkeit dafür gibt
- Ziel: Möglichst geringe natürliche AL – Quote, Voraussetzung: angemessenes Wachstum, ist zur Zeit jedoch nicht gegeben

Theoretische Interpretation

- Höchste Priorität staatlicher Konjunkturpolitik: hoher Beschäftigungsgrad, ergo: AL-Quote muss auf 2 – 3% gesenkt werden; Welche Mittel stehen dem Staat zur Verfügung?
 - o Nachfrage fördern durch Erweiterung der staatlichen Ausgaben; Wie wirkt sich das auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf aus? Finanzierung durch Kreditaufnahme? Langfristige oder kurzfristige Verschuldung?
 - o Senkung der Steuern
 - o Zahlung von Subventionen
- Auswirkung konjunkturpolitischer Maßnahmen:
 - o Durch Kreditaufnahme ist zusätzliche Nachfrage zu schaffen; Aber: => Gefahr von crowding-out - Situation, private Investitionen dürfen dabei nicht verhindert werden, inflationärer Charakter
 - o Finanzierung der Kredite durch Steuererhöhungen? Politisch nicht durchsetzbar
 - o Zentrale NBen können Kreditaufnahme verhindern (durch Nicht – Erhöhung der Geldmenge bzw. durch Anhebung des Leitzinses); unwahrscheinlich
- Durch diese Maßnahmen kommt es – zumindest kurzfristig – zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades, Nachfrageschock => kurzfristige Phillipskurve
 - o Gewerkschaften würden versuchen, auf Inflation zu reagieren und höhere Löhne fordern
 - o ABER: ZNB darf eine solche Entwicklung nicht zulassen -> stark eingeschränkte Geldpolitik (Leitzinsen anheben, Liquidität anpassen, Mindesteinlagen herabsetzen)

=> Taktik des Staates führt dann zu nichts: Konjunktur- und Wachstumseinbruch, da Inflationserwartungen nicht realisiert werden können

Zusammenfassung dieser theoretischen Annahme

- Staat will durch Schaffung höherer Nachfrage die Beschäftigung erhöhen
- Finanzierung der Nachfrage wird durch Kreditaufnahme finanziert
- Staatliche Kreditoperationen führen langfristig zur Erhöhung der Inflation, welche die ZNB nicht zulassen wird, da es dem höchsten Ziel der Geldwertstabilität widerspricht
- Fazit: Staatliche Beschäftigungspolitik führt langfristig nicht zum gewünschten Ergebnis

Hauptträger der Stabilitäts- und Wachstumspolitik praktisch lahm gelegt (entgegen der in den Lehrbüchern aufgezeigten Möglichkeiten):

- hohe Defizite in der Staatskasse, Staat kann nicht noch mehr ausgeben
- EZB hat günstige Rahmenbedingungen geschaffen (günstige Zinsen, EZB-Gelder bereitgestellt)

Hoffnung ruht auf private Wirtschaftssubjekte und Tarifparteien (bzgl. Der Lohnpolitik); 2003/2004: Unternehmen haben gute Gewinne gemacht

3.2. Arten von Arbeitslosigkeit

- Phillips – Kurve im Ursprung: ist es überhaupt möglich, ein inflationsfreies Wachstum mit einem hohen Beschäftigungsgrad kombinieren?

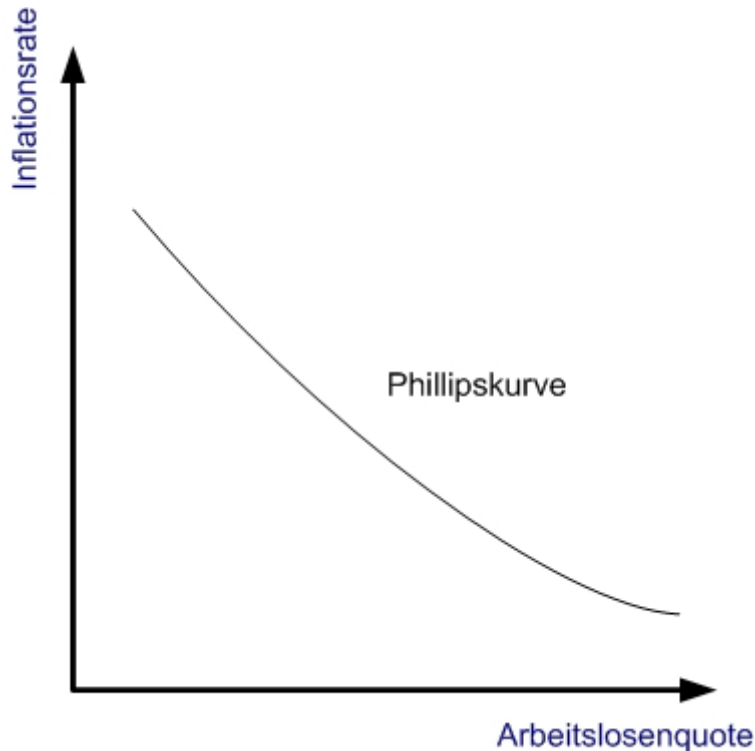


Abb. 2 Ursprüngliche Phillipskurve

- Ursprüngliche Phillips – Kurve:
 - o wird heute nicht mehr vertreten
 - o basiert auf empirische Untersuchungen, kein theoretisches Fundament
 - o Phillips unterstellt die Geldillusion: bei Investitionssteigerungen beachten die Wirtschaftssubjekte eine mögliche Inflation nicht, sie bauen keine inflationsberücksichtigende Elemente in ihre Pläne und Lohnforderungen ein, nominelle Lohnsteigerungen führen zu realen Kaufkraftsteigerungen)

Eckpunkte der Phillips – Kurve:

- hohe Inflationsrate: geringe Arbeitslosenquote
- geringe Inflationsrate: hohe Arbeitslosenquote

Fazit: hohe Beschäftigung durch exzessive Nachfrage, aber nicht ohne Inflation

- Beispiele:
 - o 1936: monetäre Expansion der Nazis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zeigt inflationäre Tendenzen: Preis- und Lohnstopp; Grenzen des monetären Expansion!
 - o 1936: Keynes' Buch erscheint:
 - Erweiterung der monetären Basis heißt nur reines Wirtschaftswachstum und keine Bildung von inflationären

- Tendenzen => keine Forderung für Inflationsausgleich für die Beschäftigten
 - Mengenkonzunktur schlägt nicht in eine Preiskonjunktur über
- England nach 2. WK: full employment policy als Grund für Inflationierung
- Unterstellung von Phillips: Nominalloohnerhöhung = Realloohnerhöhung (Geldillusion), also ein Anstieg von 5% nominell wirken sich ohne inflationelle Teile auf den Reallohn aus; Ende 60er Jahre Geldillusion erkannt, Inflationsausgleich wird in Lohnforderung eingebaut
- Anfang der 70er Jahre: Zentrale NBen gingen zur regelgebundenen Geldpolitik über: es wurde erkannt, dass solche Lohnforderungen zur Ausdehnung der Inflation führen; Geldversorgungssteuerung in Anlehnung an das erwartete Wachstum, der erwarteten Inflation und der erwarteten Umlaufgeschwindigkeit; Geldmengenwachstum wurde immer für eine Periode im Voraus bekannt gegeben
- makroökonomisches Konsensmodell zur Vermeidung von Zielkonflikten einer konsequenten Konjunktur – und Stabilitätspolitik
- langfristige und kurzfristige Phillipskurve

3.2.1. Natürliche Arbeitslosigkeit

- Natürliche Arbeitslosigkeit: AL – Quote, bei der, bei der Betrachtung aller Arbeitsmärkte, ein Gleichgewicht zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitsanbietern erreichbar ist; besonders keine Übernachfrage von Arbeitskräfte, die zu einer aggressiven inflationären Lohnsteigerung führen würde
- Natürliche AL – Quote: niedrigste Arbeitslosigkeit, die mit Geldwertstabilität zu vereinbaren ist
- Angelsächsische Bezeichnung: NAIRU (non - accelerating inflation rate of unemployment)
- Voraussetzung:
 - Geldwertstabilität (2% tolerierte Inflationsrate für die Geldwertstabilität: eigenständige Entscheidung des EZB – Rates)
 - Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte spiegeln eine Inflation innerhalb der 2% wieder
- Kommt es zu einem Inflationsschub (z. B. durch stärkere Investitionen im öffentlichen Sektor, also stärkere Nachfrage), erfolgt daraus ein beschleunigtes inflationssteigerndes Verhalten der Wirtschaftssubjekte; EZB tritt in eine inflationsbekämpfende Politik (Erhöhung der Leitzinsen), es kommt zu einer Schwächung der Konjunktur, die AL – Quote steigt
- Phillips – Kurve mit heutiger Gültigkeit: Langfristige Phillips – Kurve: rationale Erwartungen der Wirtschaftssubjekte vorausgesetzt wird, Inflation wird durch

antizipierende Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte berücksichtigt; beruht auf die Stagflationserfahrungen der frühen 70er Jahren

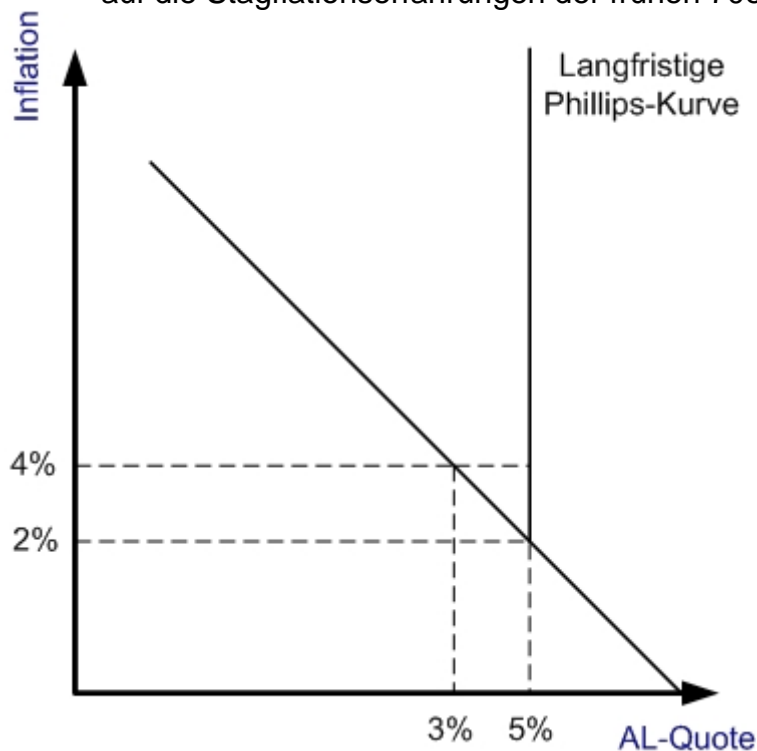


Abb. 3 Langfristige Phillipskurve

- Ausweitung der Nachfrage: AL – Quote kann gesenkt werden, das führt zu einer Anhebung des Preisniveaus, die Arbeitnehmer stellen höhere Lohnforderungen zur Deckung der Kosten, es kommt zu Preissteigerungen, was wiederum inflationäre Tendenzen aufzeigt
- Gegenmaßnahmen der EZB: Ausweitung der Geldmenge?
 - o Keine gegenläufige Maßnahmen durch die EZB: AL – Quote steigt mittelfristig auf die natürliche AL – Quote, die Inflation bleibt jedoch gleich (im Beispiel 5%)
 - o Bei Gegenmaßnahmen: Zinsen steigen, Inflation sinkt, die Investitionsneigung der Wirtschaftssubjekte fällt, die Arbeitslosenquote steigt auf 5 –6 % und kann durch eine konjunkturelle Erholung wieder auf die natürliche AL – Quote zurückgeführt werden
- Je stärker das Potentialwachstum ist, umso mehr kann die EZB durch Bereitstellung von mehr Geld die Investitionsnachfrage fördern, umso mehr kann die inflationsunabhängige Beschäftigung von Arbeitspotential erhöht werden
- Neoklassizistische (monetaristische) Betrachtung: durch kurzfristige Ausweitung von Nachfrage (Nachfrageschock) kann die AL- Quote nur sehr kurzfristig gesenkt werden; langfristig führt eine Ausweitung der Geldmenge (also der Nachfrage) nur zu einer Inflation, nicht jedoch zu einer dauerhaften Senkung der AL –Quote (widerspricht der keynesianischen Theorie)

3.2.2. Weitere Arten von Arbeitslosigkeit

Welche Arbeitslosenarten sind nicht zu verhindern?

- Sockelarbeitslosigkeit: strukturelle Arbeitslosigkeit, welche sich mit einem Konjunkturaufschwung nicht abbauen lässt; Konsequenz der Veränderung auf dem Arbeitsmarkt, demografische Entwicklung (strukturelle, technische Arbeitslosigkeit)
- Bodensatzarbeitslosigkeit (freiwillige Arbeitslosigkeit)
 - o nicht vermittelbare Arbeitslosen
 - o Personen, welche sich arbeitslos melden, jedoch nur nicht arbeiten wollen => Harz 4 soll dies verhindern bzw. einschränken
 - o Problem kann mit Schattenwirtschaft gedeckt werden
- Saisonale Arbeitslosigkeit: Personen, welche saisonabhängige Arbeiten leisten (Bauwirtschaft, Hotellerie, ca. 2,5 - 3% der Arbeitslosen)
- Fluktuationsarbeitslosigkeit: Arbeitsverhältnisse werden auf natürliche Art und Weise beendet bzw. neu begonnen
- Friktionsarbeitslosigkeit: die Zeit, welche Arbeitslose nach Verlust ihres Jobs einen neuen Job finden
 - o fast strukturelle (echte) Arbeitslosigkeit
 - o Allokation: ein kleiner Teil der Erwerbspersonen / Umschichtung / Neuverteilung => ALQ ca. 5 - 5,5% (incl. der Bodensatz- und Saisonalen Arbeitslosigkeit)

Fazit: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Wachstum (3 - 4%)

3.3. Kontrollmöglichkeiten der EZB über die Inflation

- Hauptzweck der Stabilitätspolitik der EZB ist, auf die Inflationserwartungen stabilisierend beruhigend einzuwirken
- Begriffe
 - o Geldangebot (engl.) = Geldschöpfung (deutsch)
 - o Geldmarkt = Banken, Sparkassen (Kreditinstituten)
 - o Nichtbanken: agieren nur mit Geldinstituten, nicht mit EZB direkt
 - o ESZB = ZBen und EZB

3.4. Aufgaben und Tätigkeiten der EZB

- Kann die EZB die Geldwertstabilität überhaupt erfüllen?
- Geldwertstabilität: Maastrichter Vertrag, EZB kontrolliert die Inflationsrate bis um 2%

3.4.1. Aufbau der EZB

- ESZB
- 10 Nationale Banken
- Leitungsgremium der EZB: Direktorium
- EZB - Rat: 12 Präsidenten der NBen + 6 Mitglieder des Direktoriums
- Entscheidungen durch Mehrheitsentscheide
- Aktuell: Diskussion über die Senkung des Leitzinses (Mindestzinssatz z. Z. 2%). Warum?
 - o Liquiditätsbestand in der Wirtschaft soll investiert werden, Sparquote soll gesenkt werden
 - o Die Nachfrage nach Euro soll reduziert werden, um den Kurs gegenüber des Dollars zu senken (hoher Euro - Kurs verteuert Exporte)
 - o China koppelt Yen an \$, dadurch wird der Yen künstlich niedrig gehalten, wodurch der monetäre Exportanteil (Exportüberschuss) erhalten bleibt. China ist großer Nachfrager amerikanischer Staatsanleihen

Stabiler Geldwert: zweite Voraussetzung für ein angemessenes Wachstum (erste Voraussetzung: gute Rahmenbedingungen); Vermeidung von Inflation und Deflation

3.4.2. Zielsetzung der EZB

- Zielsetzung basiert auf Maastrichter Verträge, Verträge über Europäische Vereinigung:
 - o Gewährleistung der Geldwertstabilität
 - o Sobald dieses Ziel erreicht ist: Unterstützung der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten; dadurch Bindung an die Ziele Konjunktur, Wirtschaftswachstum
- Zielformulierung der Inflationsrate: Haltung der Inflation in der Nähe der 2 % (als Ergebnis der Deflationsdiskussion 2003)
- expansive Geldpolitik der EZB: zusätzliche Liquidität wurde in Finanzanlagen geparkt, da Investitionskredite von der Wirtschaft nicht in Anspruch genommen wurden, trotz vorhandener Liquidität der Banken
- EZB hat vor Inflationsrisiken gewarnt, obwohl keine tatsächlichen Inflationsmerkmale vorhanden sind (Konjunktur, Preissteigerungen etc.); Besonders wegen hoher Energiepreise, Stahlpreise, hoher Euro-Kurs
- Umsetzung der Beschlüsse der EZB erfolgt durch die NBen, sie sind Geschäftspartner der Geschäftsbanken
- Weitere Aufgaben:
 - o Erleichterung des Zahlungsverkehrs zwischen den Eurostaaten
 - o Recht von Wechselkursgeschäften zur Stützung des Eurokurses; Wirkung jedoch umstritten, da nur spekulative Blasen damit bekämpft werden, strukturelle Probleme als Ursache werden damit nicht gelöst
 - o Aufsichtsfunktionen in den EU –Ländern (Aufsichtsgremien über die Privatbanken); Beteiligung an der Bankenaufsicht

3.4.3. Geldpolitischer Kern der EZB

- Zur Erreichung des Hauptzieles Geldwertstabilität verfolgt EZB eine bestimmte Strategie: Transmission der monetären Effekte auf die Realwirtschaft, deswegen muss die EZB vorausschauend tätig werden; Zwei Säulen – Strategie: monetäre und ökonomische Analyse
- 2-Säulen-Strategie der EZB: aus den 2 Analysen: Indikator für zukünftige geldpolitische Maßnahmen; Durch beide Analyseansätze sollen für den Instrumenteneinsatz rechtzeitig Inflationsrisiken festgestellt werden
 - o Monetäre Analyse: Geldmengensteuerung der Menge M3, Referenzziel 4,5% der Geldmengenausweitung des kommenden Jahres
 - Hintergrund: Quantitätstheorie, jede Inflation im Kern ist eine monetäre Erscheinung und hat monetäre Ursachen, Geldmenge wächst stärker, als das Produktionspotential, bei gleich bleibender Umlaufgeschwindigkeit steigen damit die Preise
 - Referenzziel setzt sich aus 3 Elementen zusammen:
 - Finanzierung des Produktionswachstums; Wachstumsprognose (Reales Wachstum); Ziel Voraussage des Produktionspotentials, in praxi jedoch schwierig
 - Inflationsrate
 - Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit; in den letzten Jahren wird M1 innerhalb von M3 kleiner => geringere Umlaufgeschwindigkeit
 - o Ökonomische Analyse: Analyse sonstiger wirtschaftlicher Faktoren, die zu Inflationsrisiken führen können (z. B. Lohnabschlüsse, staatliche Haushaltspolitik, außenwirtschaftliche Beziehungen)
- Umlaufgeschwindigkeit seit einigen Jahren rückläufig, Umlaufgeschwindigkeit wird mit 8-10 angenommen; Hier wird Geld im engeren Sinne betrachtet (M1); Umlaufgeschwindigkeit von M3 ebenfalls gesunken, da bei M3 auch Anlagen berücksichtigt werden (Geld, was nicht zu Transaktionen genutzt werden soll); Hier $UG = 1,8 - 2,2!$
- Bei Berücksichtigung der Referenzziels wird die o. g. Umlaufgeschwindigkeit nicht berücksichtigt! EZB rechnet mit M3, da kurzfristige Geldanlagen relativ schnell in Bargeld umgesetzt werden können; Gesamtheitliche Steuerungsgröße; $UG = (\text{nominelles BIP}) / M3$
- Ziel -> Strategie <- Instrumente
- Breit angelegte Inflationsprognose: Erkenntnisse der monetären Analyse und der sonstigen wirtschaftlichen Sachverhalte, die inflationäre Entwicklungen anstoßen können:
 - o Beobachtung der Haushaltspolitik
 - o Beobachtung Arbeitsmarkt / Tarifabschlüsse
 - o Beobachtung der Außenhandelsentwicklung

- Ist EZB in der Lage die Volkswirtschaft ausreichend mit Geld zu versorgen?
Versorgung erfolgt zweistufig:
 - o EZB versorgt Kreditinstitute mit Zentralbankengeld
 - o Kreditinstitute versorgen Wirtschaftssubjekte mit Geld
- Zweistufigkeit impliziert Probleme die Konjunktur durch die EZB zu steuern, EZB versorgt Kreditinstitute mit Geld, aber Kreditnachfrage entscheidend für die Auswirkung der Geldversorgung auf die Konjunkturentwicklung

3.5. Geldpolitische Instrumente

Instrumentarium besteht aus 3 Bereichen

- Offenmarktgeschäfte
- Ständige Fazilitäten
- Mindestreserveregulungen

3.5.1. Offenmarktgeschäfte

Offenmarktgeschäfte: Kreditinstitute werden durch EZB mit Liquidität versorgt

- Frühere Definition Offenmarktgeschäfte: Geschäfte zwischen EZB und Geschäftsbanken: GBen verkaufen Wertpapiere gegen EZB – Geld (Zufluss von Zentralbankgeld) oder EZB verkauft Wertpapiere gegen Zentralbankgeld (Entzug von Zentralbankgeld)
- Heute:
 - o Definitive Käufe und Verkäufe: EZB kauft oder verkauft Wertpapiere ohne Bedingungen
 - o Befristete Transaktionen (Hauptinstrumente): Hauptrefinanzierungsinstrument, ergänzt durch längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
 - o Feinsteuerungsoperationen: Offenmarktgeschäfte zur sehr kurzfristigen Zu – bzw. Abführung von Liquidität
- Hauptrefinanzierungsinstrument: wöchentliche Auflegung, Laufzeit der Transaktionen eine Woche (wichtigster Leitzins)
- Befristete Transaktionen:
 - o Ankündigung (Ausschreibung) eines Geschäftes zur Beschaffung von ZB – Geld (Tenderverfahren, Mengentender, Zinstender)
 - o Laufen in 2 Varianten ab:
 - Pensionsgeschäfte (Repo – Geschäfte); befristete Käufe der EZB bestimmte Wertpapiere, GBen gehen eine Rückkaufverpflichtung ein
 - Kreditbeziehungen, abgesichert durch Verpfändung von Wertpapieren mit Rückkaufverpflichtung der GBen; technisch einfachere Form, da geringere Transaktionskosten, kein

- Transport von Wertpapieren (Bereitstellung von ZB – Geld gegen Sicherheiten)
- Arten von Tendern
 - Mengentender: EZB legt Leitzins für das ausgeschriebene Geschäft fest, zu diesem Zins stellt sie eine bestimmte Geldmenge bereit, GBen müssen Gebote abgeben, in welcher Höhe sie ZB - Geld erwerben wollen; Nachfrage meist höher als Angebot, Zuteilung erfolgt quotale nach angebotenen Mengen
 - Zinstender: wesentlich strengeres Verfahren, amerikanisches oder holländisches Zuteilungsverfahren; EZB legt Geschäftsvolumen fest, Mindestbietungssatz wird festgelegt, Gebote der GBen enthalten die gewünschte Menge an ZB – Geld und den Zins den sie dafür zahlen möchten (z. Z. seit längerem Mindestbietungssatz 2 %); Gefahr einer Absprache zwischen Banken ist zwar da, aber wegen der hohen Anzahl der Bieter und der Möglichkeiten der EZB einzugreifen nicht relevant
 - Amerikanisches Verfahren: von GBen gebotener Zinssatz muss bezahlt werden
 - Holländisches Verfahren: einheitlicher Zins für alle wird festgelegt, kann also auch niedriger sein, als der eigens angebotene
 - Standardtender vs. Schnelltender:
 - Standardtender: Abwicklung innerhalb von 24h (von Ankündigung bis Bestätigung)
 - Schnelltender: Abwicklung innerhalb einer Stunde (EZB wird selber operativ mit bestimmten GBen tätig); keine bestimmte Laufzeit
 - Zufluss vs. Abfluss:
 - Zufluss: angebotene Geldmenge in der Folgewoche ist höher
 - Abfluss: angebotene Geldmenge in der Folgewoche ist geringe
 - Längerfristige Refinanzierung: 3 Monate Laufzeit, kein besonderer Mindestbietungssatz
 - Zinssatz, zu dem die letzte Tranche an Liquidität zugeteilt wird: marginaler Zuteilungssatz (niedrigster Zinssatz, zu dem noch zugeteilt wird)

3.5.2. Ständige Fazilitäten

Feinsteuerungsinstrumente: Ständige Fazilitäten, sehr kurzfristiger Ausgleich von Liquidität (Annehmen oder Anlegen) am Ende des Geschäftstages

- Bedingungen und Möglichkeiten werden durch EZB festgelegt und den Kreditinstituten angeboten, wie Liquidität bereitgestellt oder abgeschöpft wird

- Spitzenrefinanzierungsfazilität: festgelegter Zins im oberen Ende des Zinskanals; EZB stellt Liquidität bereit, GBen stellen Sicherheiten durch Wertpapiere der EZB bereit
- Einlagenrefinanzierungsfazilität: Zinssatz am unteren Ende des Zinskanals: GBen haben zu viel ZB – Geld: Anlagemöglichkeit im System der ZBen
- Übernacht – Geschäfte

3.5.3. Mindestreserveregel

Mindestreserveregel: Rahmenbedingungen die die Wirksamkeit der anderen Instrumente verbessern sollen; GBen müssen Reserve auf Girokonto im System der ESZB vorhalten; 0 – 2% des Geschäftsumfanges; Haltung im Monatsdurchschnitt

- Anbindungsfunktion: Teilnahme an den Refinanzierungsoperationen der ESZB durch die GBen
- Monatsdurchschnitt: Verstärkung des Zinsniveaus